



Unser Leben steckt voller Risiken. Als Ausgleich dafür wurde das Gesundheitssystem so konzipiert, dass es «krisenfest» ist.

ANTONIO GRAVANTE / IMAGO

Die Verfassung der Risikogesellschaft

Die Pandemie stellt unser Rechtssystem auf die Probe. Wird unser Recht langfristig in der Lage sein, uns vor eventuellen Exzessen staatlicher Eingriffe zu schützen?
Gastkommentar von Filippo Contarini

Wir leben heute in einem «future present», wie die italienische Soziologin Elena Esposito sagt. Unsere Gegenwart wird immer mehr als Vergangenheit unserer Zukunft verstanden. Diese «Zukunftisierung» nennen wir «Risikogesellschaft». Ein Beispiel dafür: Täglich fahren Menschen Auto, täglich können wir Opfer eines Unfalls werden. Trotzdem fühlen wir uns frei und sicher, wieso?

Wir haben im Zuge der Beschleunigung ein Sicherheitssystem aufgebaut, das die zukünftige Risikoverwirklichung in dem Masse verharmlost, dass wir das Risiko doch in Kauf nehmen können. Sicherheit bedeutet, dass unser Gesundheitssystem bereit sein wird, neue Notsituationen zu behandeln. Oder dass zu grosse Risiken, unabhängig vom Verschulden, von Versicherungen gedeckt werden.

In jeder Autofahrt, wie auch in jedem zu grossen Risiko, steckt eine Krise in Potenz. Als Ausgleich dafür wird das Gesundheitssystem so konzipiert, dass es «krisenfest» ist, dass also immer freie Kapazität für das Unvorhergesehene bereitgehalten wird.

Das Rechtssystem der Risikogesellschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Krisenfestigkeit zu gewährleisten und gleichzeitig die zu grossen Risiken abzuwenden. Unser Rechtsstaat der Risikogesellschaft sollte daher neu als «Notrechtsstaat» bezeichnet werden. Er mischt sich in das gesellschaftliche Management ein, wenn das jeweilige System signalisiert, dass seine Kapazitätsgrenzen bald erreicht werden.

Wir können den Interventionsmodus als dreistufige Immunreaktion bezeichnen: Erstens wird der Notrechtsstaat die Risikoursache festlegen. Zweitens wird eine Gegenreaktion rechtlich geschützt, um die Krisenfestigkeit des Systems aufrechtzuerhalten. Drittens wird die Folgefrage, nämlich ob nicht gerade die Logik jenes Systems die Krise mitverursacht habe, durch politische Marketingaktionen tabuisiert. Das einzig vermittelte Narrativ bleibt dabei dasjenige der Unabdingbarkeit einer vermeintlich glänzenden Vergangenheit, die wir vielleicht nicht mehr zurückhaben werden.

Dieses dreistufige Vorgehen haben wir schon mit der Bankenkrise 2008 bis 2010 erlebt. Man hat damals zuerst den «bank run» und die Konkurse durch Verbote und Verstaatlichungen vermieden. Dann wurde entschieden, unendlich viel Geld zu drucken, ohne zu wissen, wer in der Zukunft die rechtliche Verantwortung für eventuelle Folgeschäden jener Rettungsaktionen tragen sollte. Einzig die Aufsicht über die alten Automatismen wurde verstärkt. Letztlich werden diejenigen, die Geld gedruckt haben, heute vom politischen System als Helden hochgehalten (z. B. Draghi in Italien).

Ähnliches geschieht heute mit Corona: Mit dem Virus kamen die Lockdowns als Erstarrungsmassnahme (zuerst für alle, dann für die Geimpften). Dann begann das unendliche Produzieren von Impfstoffen. Diese Tätigkeit des Gesundheitssystems wird durch Haftungsausschlüsse vom Recht geschützt. Schliesslich wurde das politische Marketing eingesetzt, um jeden Zweifel daran als Schwachsinn zu bezeichnen.

Es gilt die Annahme, dass unser Gesundheitssystem vor der Immunreaktion perfekt funktioniert

Die «kollektiven Interessen», die in der Pandemie gerne ins Spiel gebracht werden, sind eigentlich nur eine Summe von individuellen Interessen.

hat. Dass Pandemiepläne nicht unbedingt eingehalten wurden, interessiert nicht.

In der Verfassung der Risikogesellschaft ist es unmöglich geworden, einen Sinn für das Kollektiv zu finden. Die sogenannten «kollektiven Interessen», die in der Pandemie gerne ins Spiel gebracht werden, sind eigentlich nur eine Summe von individuellen Interessen. Der Begriff des «kollektiven Interesses» deutet jetzt auf die Erwartung hin, dass das System in der Lage sein muss, allen individuellen Rettungsansprüchen zu genügen, die gleichzeitig erhoben werden.

Die «kollektiven Interessen» schreiten ein, wenn ein Übermass von Gleichzeitigkeit besteht und die Lage abgekühlt werden muss. Vereinfacht gesagt, geht es bei den kollektiven Interessen im Gesundheitssystem heute um die synchrone Sicherheit der Teilnehmenden, als Individuen im Notfall in einem Spital untergebracht und gepflegt zu werden.

So unangenehm es tönen kann, gilt daher Freiheit in der Risikogesellschaft nicht mehr als Recht, selbstbestimmt das eigene Leben zu führen, sondern als Sicherheit, im Fall eines Risikoeintritts von einer Rettungsinstitution Hilfe zu empfangen. Die Grundrechte dienen denn auch nicht mehr primär dazu, die Bürger vor übermässigen staatlichen Angriffen zu schützen, sondern sie sorgen im Gegenteil dafür, dass der Staat weiterhin versprechen kann, dass er versuchen wird, seine Bürger zu retten.

Es stellt sich die Frage, ob unser Recht langfristig auch weiterhin in der Lage sein wird, uns vor eventuellen Exzessen staatlicher Eingriffe zu schützen. Stichworte sind hier Planung und Transparenz in der Datenerhebung und -verwertung. Wenn die Freiheit in der Risikogesellschaft eine dynamische sein soll, dann sollte die Gesellschaft auch die Grundlagen des Kompromisses zwischen Freiheit und Sicherheit diskutieren.

Filippo Contarini ist Lehrbeauftragter an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern.

Bei Olympischen Spielen gehe es nicht um Politik, sagt Thomas Bach bei jeder Gelegenheit. Das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. Bach muss es wissen. Er präsidiert das Internationale Olympische Komitee (IOK). Besonders gerne lässt er sich in jüngster Zeit mit Xi Jinping ablichten. Dieser wiederum lässt keine Gelegenheit aus, eine schnurgerade Verbindung zwischen Sport und Politik zu machen.

Xi muss es wissen. Er präsidiert China und inszeniert die teuersten Olympischen Winterspiele der Geschichte zwecks innenpolitischer Festigung seiner Macht. Auf allen Bildern strahlen sich Bach und Xi innig an. Beide wissen, was der andere denkt. Aber das sagen sie nicht. Schweigen macht keinen Lärm.

Der Bundesrat zögert

Und der Bundesrat? Er zögert. Darin ist er gut. Wie wenn Olympia diesmal politisch irgendwie unklar wäre. Eines oder mehrere Mitglieder der Landesregierung würden ja nicht als eine Art Escort-Service der Athleten nach Peking fliegen. Sie sässen vielmehr als formelle Gäste auf der Ehrentribüne. Wohl etwas abseits, weil die Schweiz nicht so wichtig ist.

Xis «alter Freund» Putin wäre näher dran, Macron wohl auch, denn er wehrt sich wacker gegen den diplomatischen Boykott. Ihnen käme nicht im Traum in den Sinn, im Sport ein unschuldig Feld politischer Enthaltensamkeit zu sehen. Biden hingegen geht nicht. Das war zu erwarten. Scholz überlegt es sich noch.

Nun, um was geht es wirklich? Von seinen Staatsmedien vorgeführte politische Prominenz ist dem chinesischen Präsidenten wichtig. Sie mehrheitlich sein Ansehen im Inland. Darum geht es ihm: sich seinem Volk als gefeierter Vater der im Frieden vereinten Sportfamilie zu zeigen. Gerade Olympia verleiht dem Gastgeber eine besondere Aura

Olympia heiligt politische Zwecke – eine Bankrotterklärung

Reist der Bundesrat an die Olympischen Fernsehspiele nach Peking, bedient er Xi Jinpings Kalkül. Und dem IOK hilft er, weiterhin zu behaupten, Weltsport und Politik seien zweierlei. Geholfen wäre niemandem, zuletzt den Menschenrechten.

Gastkommentar von Daniel Eckmann

des Friedens. Das Volk muss sehen, was für ein bewunderter Mann sein Chef ist.

Für diese Schauseite liess er Milliarden rollen, Berge abholzen, Menschen enteignen und die am wenigsten der ohnehin nie nachhaltigen Spiele hochziehen.

Die vom IOK in einem wie immer trüben Verfahren nach Peking vergebenen Olympischen Spiele haben so gut wie nichts mit dem olympischen Gedanken zu tun: massiv verletzte Menschenrechte, mehr als eine Million internierte Uiguren, unterdrückte Tibeter und Hongkonger, unfreie Medien, und zu allem Übel kommt noch Covid dazu.

Gerade Olympia verleiht dem Gastgeber eine besondere Aura des Friedens.

Die Athletinnen und Athleten stehen vor einer schwierigeren Wahl als die Politiker. Für sie sind Olympische Spiele (wie auch Weltmeisterschaften) Kernarbeitszeit. Sie werden vom IOK und von der Fifa wie Wanderarbeiter von einer Diktatur in die nächste gewandt und haben zu den Einsatzorten nichts zu sagen.

Die emotional betäubten und weitgehend menschenleeren Spiele von Peking haben den Aktiven ausser 109 Medaillensätzen ohnehin nur wenig zu bieten. Olympischer Geist geht jedenfalls anders. Ein Grund mehr für die hiesige Politik, den internationalen Machtkartellen des Sports nicht auch noch den Hof zu machen.

Selbstüberschätzung unserer Politiker

Kurz, es gibt für den Bundesrat keinen Grund, sich dieser Machtdemonstration zu unterwerfen und sich sehenden Auges für innerchinesische Propaganda missbrauchen zu lassen. Schon gar nicht verfährt, dass Olympische Spiele die Gelegenheit seien, China endlich Menschenrechte beizubringen. Denn erstens nützte das nichts. Es wäre eine reine Selbstüberschätzung unserer Politiker. Das chinesische Volk würde nichts davon mitbekommen. Zweitens würde Xi Kritik fotogen weglächeln. Und drittens gäbe es sinnvollere Gelegenheiten.

Just diese Spiele sind die denkbar schlechteste Plattform für schöne Gedanken. Das einzige Zeichen, das der Bundesrat setzen kann, ist das Fernbleiben. Das wäre nicht viel. Aber es hätte einen Hauch von Grösse.

Daniel Eckmann ist Partner des Beratungsunternehmens KMES und Lehrbeauftragter an der Universität Bern. Er war Handballinternationaler, zweimal Sportler des Jahres mit dem Nationalteam und Mitglied der Swiss Olympic Academy. 1980 war er für die Olympischen Spiele in Moskau qualifiziert und verzichtete aus politischer Überzeugung auf die Teilnahme.